

Venezuela

Selbstbewusstsein

Von Marcus Sauer

Ist das Oberste Gericht in Venezuela zur Vernunft gekommen? Hat es eingesehen, dass es das Land vollends in eine Diktatur verwandelt, wenn es die Entmachtung des vom Volk gewählten Parlaments aufrechterhält? Man möchte es allzu gerne glauben. Doch dürfte es vielmehr der scharfe internationale Protest gewesen sein, der Präsident Nicolas Maduro und das ihm hörige Gericht zur Umkehr und zur Rücknahme des Beschlusses gezwungen haben. Schließlich hat die Regierung gerade erst eine dramatische Bitte um Medikamente und medizinisches Gerät an die Vereinten Nationen gesandt.

Dass sie dabei eingestanden hat, dass es im Land einen Notstand gibt, ist bemerkenswert. Allerdings ist für Maduro auch klar, wer dafür verantwortlich ist: die Parlamentsmehrheit. Seit dem Sieg des Oppositionsbündnisses ignoriert er die Volksversammlung konsequent, regiert ungeniert mit Notstands-Dekreten und lässt die Beschlüsse der Abgeordneten reihenweise vom Obersten Gericht aufheben. Faktisch ist das potenziell reiche Venezuela längst eine Diktatur, nun wollte es Maduro „offiziell machen“. Doch ihm fehlt der Instinkt seines Vorgängers und Idols Hugo Chaves. Er muss um seine Macht kämpfen. Dass er 2018 eine Abwahl akzeptieren würde, ist nicht anzunehmen.

In Südamerika ist politisch viel in Bewegung. Und zwar nicht nur in Venezuela oder Bolivien, wo linke Staatschefs die Hoffnungen vieler Menschen enttäuscht haben. Aus Paraguay werden massive Proteste gemeldet, wo sich der konservative Staatspräsident Horacio Cartes eine weitere Amtszeit sichern und dafür die Verfassung ändern lassen will. Tausende gehen auf die Straße aus Sorge vor einer Rückkehr der Diktatur. Die Demokratie bleibt in vielen Ländern Südamerikas eine Herausforderung. Doch bilden die Völker zunehmend demokratisches Selbstbewusstsein. Und fassen den Mut zum Aufbegehren. Gegen linke wie konservative Machthaber.

Pendler/Mieten

Vielschichtiges Problem

Von Brigitte Gisel

Das Häuschen im Grünen und die Arbeit in der grauen Stadt. Lange Zeit war dieses Modell erst Traum, später Realität in den Speckgürteln der großen Städte. Wer sich nun die Staus im Berufsverkehr – gerade in Stuttgart, aber auch anderswo – anschaut, stellt fest: Lange geht das nicht mehr gut. Nur hilft Lamentieren nicht. Pendeln hat so viele Gründe, dass es keine einfachen Lösungen gibt. Der Anteil der Pendler steigt dort besonders stark, wo die Immobilienpreise die letzten Jahre durch die Decke gingen. Wer sich die Mieten da, wo er arbeitet, nicht leisten kann, muss fahren. Doch auch veränderte Lebensmodelle wirken sich aus: Wollen beide Partner gute Jobs, muss oft mindestens einer fahren. Trotzdem: Das beste Mittel gegen eine Zunahme des Pendelns ist bezahlbarer Wohnraum. Doch Menschen, die weit entfernt von ihrem Arbeitsplatz leben, wird es immer geben. Sie benötigen einen funktionierenden öffentlichen Verkehr und gut Radwege. Und wer nicht ohne Auto kann, braucht eine intelligente Verknüpfung der Verkehrsmittel.

Pressestimmen

Pkw-Maut

Allgemeine Zeitung (Mainz): „Schwerer wiegt, dass ausgerechnet die Deutschen, die sich der Schwächung Europas eigentlich entgegenstellen, den europäischen Gedanken mit einem so lapidaren Projekt selbst schwächen. Das Schlimmste aber ist, dass die Chance auf eine verkehrs- und umweltpolitische Wende vertan wird: die Einführung einer Straßenverkehrsgebühr, die die Kfz-Steuer komplett ersetzt, die Vielfahrer stärker zur Kasse bittet, die mehr Geld für die In-

frastruktur einspielt und die zwischen In- und Ausländern nicht unterscheidet.“

Südkurier (Konstanz): „Jetzt kommt also doch das Gesetz, das die Kanzlerin vor der Bundestagswahl 2013 ausgeschlossen hatte: Autofahrer werden auf deutschen Autobahnen zur Kasse gebeten. (...) Auch die Länder stimmen zu, obwohl die Zweifel nicht ausgeräumt sind. Sie folgen nicht ihrer Überzeugung, sondern beugen sich dem Druck.“



Die Scheinwende von Caracas

Venezuela: Parlament erhält seine Rechte zurück, doch das Land gleicht einem Pulverfass

Von Georg Ismar

Caracas – Nicolas Maduro hält in diesen Tagen gerne das blaue Büchlein mit der Verfassung Venezuelas in die Höhe, er inszeniert sich als der Garant selbiger. „Die Kontroverse, die es zwischen den Gewalten gab, ist erfolgreich überwunden“, sagte er am Wochenende nach aufregenden Tagen. Parlament vom Obersten Gericht entmachtet, Sturm der Entrüstung im Ausland, tiefe Risse in eigenen Sozialisten-Lager, Staatsstreich-Vorwürfe der Opposition. Rücknahme der Entmachtung.

Also alles wieder in Ordnung, Demokratie statt Diktatur? Aus Sicht von Parlamentspräsident Julio Borges sollten sich die Menschen nicht blenden lassen. „Es geht nicht um die Rücknahme eines Absatzes. Das Urteil war nur der Höhepunkt eines Staatsstreichs, der seit Jahren in Venezuela im Gange ist“, ruft Borges bei einer Demonstration in Caracas, die mit Polizeigewalt kleingehalten wird.

Der Machtapparat ist schwer zu durchschauen, keiner weiß, ob das Militär nicht Maduro nach dem jüngsten Debakel fallenlassen könnte, er ist bis 2018 gewählt. Aber auch die Opposition hat bisher keine Persönlichkeit, die einen Aufstand der Straße orchestrieren könnte. Die Menschen sorgen sich, dass der Machtkampf blutig enden könnte.

● Rückblick, Mittwoch, 29. März: Mit Urteil 156 verkündet der Oberste Gerichtshof, dass dem von der Opposition dominierten Parlament alle Entscheidungsrechte entzogen werden – alle Macht geht auf Maduro über. Borges meint: Jetzt herrsche offen die Diktatur, das sei ein Staatsstreich. Seit Februar ist Maikel Moreno Präsident des Obersten Gerichtshofs, ein vehementer Verteidiger des von Hugo Chavez 1999 begründeten Sozialismus des 21. Jahrhunderts. 1987 wurde Moreno laut Berichten angeklagt, als Mitglied der poli-



Die Staatskrise in Venezuela ist bei weitem nicht vorbei: Oppositionskräfte stemmen sich mit aller Macht gegen Präsident Nicolas Maduro. Foto: AFP

tischen Geheimpolizei eine Frau getötet zu haben, dafür saß er kurzzeitig im Gefängnis.

● 30./31. März: Protestnoten aus der ganzen Welt gehen in Caracas ein. Aber wer Maduro wirklich in Bedrängnis bringt, ist eine Frau aus dem eigenen Lager. Generalstaatsanwältin Luisa Ortega Diaz prangert das Urteil als Verfassungsverstoß an. Ein tiefer Riss offenbart sich. „Als oberste Repräsentantin des Ministerio Publico, im Namen von 10000 Mitarbeitern und fast 3000 Staatsanwälten, die unabhängig ihre Aufgaben erfüllen, rufe ich zum Nachdenken auf, damit der demokratische Weg gewählt wird, damit die Verfassung respektiert wird.“ Der Auftritt wird in sozialen Netzwerken gefeiert. Maduro sieht einen Konflikt der Gewalten und beruft den Sicherheitsrat ein.

● 1. April: Nach drei Stunden nächtlicher Sitzung die Kehrtwende: Der Sicherheitsrat legt fest, dass der Oberste Gerichtshof das Urteil Nr. 156 und das Urteil Nr. 155, das die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten verfügt hatte, überprüft. Jeder kann sich ein eigen-

es Urteil der Unabhängigkeit dieses Gerichtshofs machen – früher griff das Militär ein, hier ist die Justiz offensichtlich Helfer eines schwer unter Druck geratenen Regimes. Nur wenige Stunden nach der Revisionsaufforderung kommen schon die Urteile 157 und 158, die 155 und 156 annullieren. Moreno erklärt, keine Befugnisse des Parlaments seien mehr annulliert oder entzogen. Eine heftige Rolle rückwärts.

Tatsächlich hat das Parlament seit Monaten ohnehin wenig zu melden – für Maduro ist es seit dem Zweidrittel-Sieg der Opposition bei der Wahl 2015 ein Stein im Schuh – der demokratische Sieg, das Plebiszit gegen die Sozialisten führte zur Zunahme autoritärer Tendenzen. Er hat 2016 den Ausnahmezustand verhängen lassen, den Haushalt 2017 ließ er sich vom Gerichtshof statt vom Parlament genehmigen, ein Referendum zu seiner Abwahl wurde auch von Gerichten gestoppt.

Schlägertrupps verbreiten mit Schlagketten auf Motorrädern Schrecken bei Demos, Journalisten werden drangsaliert. Der einflussreichste Op-

positionsführer Leopoldo Lopez verbüßt eine fast 14-jährige Haftstrafe, weil es bei Protesten 2014 über 40 Tote gab – er hatte zu den Protesten aufgerufen.

Maduro macht einen „ökonomischen Krieg“ vor allem der USA und den niedrigen Ölpreis für das Elend verantwortlich. Trotz der größten Ölreserven sind die Regale in Supermärkten und Apotheken leer, in Krankenhäusern sterben Kinder, weil Sauerstoffflaschen fehlen. Nicht in das Bild der linken Wohltäter des Volkes passen Hinweise auf Bereicherung einflussreicher Sozialisten, die USA froren zudem im Februar die Konten von Vizepräsident Tarek El Aissami ein, sie bezichtigten ihn des Kokainhandels. In den USA gab es Spekulationen, dass der Regierungshangar dafür genutzt wurde. Die Regierung – vor allem El Aissami – weisen alle Anschuldigungen als absurde Propaganda zurück. Aber der Druck von allen Seiten wird größer, Venezuela ist derzeit ein Pulverfass. Und wenn es nicht vorher explodiert, dann droht den Chavez-Erben bei der Präsidentschaftswahl 2018 ein Debakel.

Die Europa-Therapeutin

„Wir sind die Besten“: Viviane Reding redet EU-Bürger stark – so geschehen in Karlsruhe

Von Dieter Klink

Karlsruhe – Die langjährige EU-Kommissarin Viviane Reding ist zwar „nur noch“ luxemburgische Abgeordnete im Europäischen Parlament – aber nach wie vor eine leidenschaftliche Europäerin. Wie eine Therapeutin redet sie die Bürger der EU stark, rät ihnen zu mehr Selbstbewusstsein. „Wir sind die Besten“, sagt sie am Samstag beim „Karlsruher Vortrag“.

Alljährlich lädt die Akademie für Zahnärztliche Fortbildung Karlsruhe zu einem Vortrag unter dem Titel „Mund auf“ ein. Dieses Jahr kommt Reding in die Stadthalle, mehr als 1000 Bürger wollen von ihr hören, wie es um die Zukunft Europas bestellt ist.

„Nicht Amerika, sondern Europa ist der größte Binnenmarkt der Welt. Darauf sollten wir stolz sein. Bloß: Warum sagt das denn keiner?“, fordert sie eindringlich. Man müsse die Vorteile von Europa in den Vordergrund stellen und endlich aufhören, den Kontinent in freiem Fall zu sehen. „Es ist

höchste Zeit, dass wir uns zusammenreißen und wieder zusammenarbeiten – für dieses einzigartige Projekt Europa.“

Reding plädiert dafür, in der verrückt spielenden Welt europäische Standards zu setzen. „Wer wollen wir sein? Diejenigen, die die Regeln schaffen oder diejenigen, denen die anderen ihre Regeln auferlegen?“, fragt sie mit Blick auf Handelsverträge wie CETA und TTIP. Die Europäer, meint sie, sollten der Welt den Stempel aufdrücken, solange es noch gehe – „damit die nächste Generation nicht Verhandlungen führen muss, die es nie gewinnen kann.“ Denn Europa altert. Der Anteil der EU an der Weltbevölkerung schrumpft, die anderen Kontinente wachsen – und sind jung.

„Noch sind wir stark“, warnt die 65-Jährige und denkt dabei an die heute Jungen. „Es geht um die Souveränität der kommenden Generation.“ Dafür müsse man zusammenarbeiten. „Entweder wir werden zusammen eine Weltmacht bleiben oder wir gehen getrennt unter“, sagt sie voraus.

Für diese bedeutenden Auf-



Viviane Reding. Foto: dpa/av

gaben sei der Brexit natürlich ein Unding. „Es ist die schlechteste Entscheidung einer Regierung nach dem Krieg“, urteilt sie. Nun aber werde man eben ohne die Briten planen, denn schon bisher hätten sie eher gebremst. „Die Verteidigungsunion machen wir jetzt eben ohne sie.“ Der Austritt habe ganz praktische Folgen. „Die Abschaffung der Roaming-Gebühren können sich die Briten an den Hut stecken.“

Als „überzeugte Föderalistin“ plädiert Reding für ein Europa der mehreren Geschwindigkeiten. Die Willigen sollten vorangehen – mit einem europäischen Außenminister, einem direkt gewählten Präsidenten und einem Ministerrat, der mit einfacher Mehrheit entscheidet, so dass keiner mehr Beschlüsse blockieren könne. „Das kriegen wir zu 27 nicht hin. Wir brauchen einen inneren Kreis“, fordert sie.

Die Europa-Therapeutin ist am Ende selbst ganz gerührt von der Präsenz so vieler Bürger in der Stadthalle. „Mich erwärmt, dass Sie da sind. Denn wir brauchen Menschen, die für Europa eintreten. Also: Mund auf für Europa.“

Das Zitat

„In unseren Schulen sollte nicht nur das Grundgesetz gelesen werden, sondern auch die EU-Charta der Grundrechte. Das ist ein sehr schöner Text.“

Viviane Reding in Karlsruhe.

Impressum

Verlag
Badisches Tagblatt GmbH
Postfach 10 00 33
76481 Baden-Baden
Stephanienstraße 1–3
76530 Baden-Baden
Telefon 07221 215-0
info@badisches-tagblatt.de
www.badisches-tagblatt.de

Aboservice/Zustellung
Telefon 0 800 600 8500 (gebührenfrei!)

Geschäftsführer
Eva Ertl, Dr. Dietmar Greiser,
Wolfgang Hoffarth

Chefredakteur
Markus Langer
Stv. Chefredakteurin
Anja Groß

Ressorts
Nachrichten: Anja Groß
Kultur: Christiane Lenhardt
Sport: Frank Ketterer
Journale/Sonderthemen: Michael Brenner

Leiter Lokalredaktionen
Baden-Baden: Harald Holzmann
Bühl: Gerold Hammes
Murgtal: Thomas Senger
Rastatt: Egbert Mauderer

Anzeigenleiter
Stefan Hörig

Private Kleinanzeigen
Telefon 0 800 600 8600 (gebührenfrei!)

Vertrieb
TOP Presse-Service GmbH, Baden-Baden

Druck
Badisches Druckhaus Baden-Baden GmbH